

# Notwendige Anmerkungen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM

und zu den Angriffen des politischen Stammtischs auf den  
ESM und den Euro insgesamt

von  
Egbert Scheunemann  
Stand: 14. September 2012

Nicht nur am rechten Rand des politischen Stammtischs, also dort, wo Gauweiler, Sarrazin & Co. sitzen, wird gegen den ESM, gegen den Euro und die EU insgesamt polemisiert. Auch nicht geringe Teile der politischen Linken tun sich mit dem ESM, dem Euro und der EU schwer. Die ‚Argumente‘ gegen den ESM, um es hier auf diesen zu reduzieren, variieren je nachdem, ob sie von links oder von rechts vorgetragen werden – aber eben nicht immer und wenn, dann oft nur graduell und im Vokabular: Der ESM sei nicht demokratisch legitimiert, der ESM-Gouverneursrat sei die neue technokratisch-diktatorische Überregierung der EU, der ESM sei ein Fass ohne Boden, er treibe Deutschland als Hauptzahlmeister in den Ruin, der ESM-Gouverneursrat werde, über die Parlamente hinweg, mit dem Geld nur so um sich schmeißen und damit die Inflation antreiben etc. pp. Im Folgenden seien einige Argumente aufgeführt, die all diese Behauptungen als kompletten Unsinn aufweisen.

1. Der ESM musste, bevor er (wahrscheinlich im Oktober d. J.) in Kraft tritt, von den demokratisch gewählten Parlamenten sämtlicher 17 Mitgliedsstaaten der Euro-Zone ratifiziert, also demokratisch legitimiert werden. Im Gouverneursrat, der über die Vergabe von Krediten an ESM-Mitgliedsländer ‚entscheidet‘, sitzen die Finanzminister ebendieser Länder. Sie ‚entscheiden‘ entsprechend der Weisungen, die sie von ihren demokratisch gewählten Regierungen erhalten haben (analog zu den Vertretern der deutschen Bundesländer im deutschen Bundesrat). Der Gouverneursrat ist also keine demokratiefremde Geheimloge, sondern ausführendes Organ der demokratisch gewählten Regierungen der ESM-Mitgliedsländer. In ihm sitzen keine neuen EU-Herrscher – sondern Lakaien, denen gesagt wird, was sie zu tun haben. Die ‚Entscheidungen‘ des Gouverneursrats müssen einstimmig erfolgen, was einer demokratischen Zustimmungsquote von 100 Prozent entspricht (von zeitlichen Notlagen abgesehen, in denen ‚nur‘ 85 Prozent seiner Mitglieder zustimmen müssen – wie solche zeitlichen Notlagen aber überhaupt eintreten können angesichts der zeitaufwendigen Koordinationsnotwendigkeiten von mindestens 15 der 17 Regierungen, steht freilich in den Sternen). Das heißt, dass keinerlei Entscheidungen über die demokratisch gewählten Regierungen der ESM-Mitgliedsstaaten hinweg getroffen werden können. Bei einer notwendigen Zustimmungsquote von 100 Prozent hat jedes ESM-Mitgliedsland den Status einer Veto-Macht – sei es noch so klein und unscheinbar, noch so ökonomisch unbedeutend. Die These, der ESM sei nicht hinreichend demokratisch legitimiert, ist also Stuss.

2. Jedem ESM-Mitgliedsstaat steht es völlig frei, Kredite des ESM anzufordern oder nicht – und damit die strengen Auflagen zu erfüllen oder nicht zu erfüllen, die mit dieser Kreditvergabe verbunden sind. In diesen Auflagen, nicht im ESM selbst, kommt die ganze faktische (also nicht per se gegebene) neoliberale Schlagseite des ESM (bzw. des bisherigen EFSF) zum Vorschein, denn die den ESM-Kreditnachfragern auferlegte Haushaltskonsolidierung wird von den Vertretern des ESM im Sinne der neoliberalen

Ideologie der Regierungen, deren ausführende Organe sie sind, interpretiert – mit der ‚üblichen‘ Folge der Einforderung von Sparprogrammen vor allem im sozialen Bereich, von Entlassungen im öffentlichen Dienst etc. pp. Diese neoliberale Interpretation ist durch den ESM selbst aber nicht vorgegeben, sondern durch die Herrschaft der neoliberalen Ideologie und die Herrschaft der maßgeblichen politischen und ökonomischen Kräfte in der Euro-Zone – an deren Spitze Deutschland. Selbst die im sogenannten Sparpakt (dessen Ratifizierung eine weitere Bedingung der Vergabe von ESM-Krediten sein wird) eingeforderte Schuldenbremse könnte grundsätzlich sozialkompatibel eingeführt werden – durch Einführung einer Kapitaltransfersteuer, die Erhöhung der Steuersätze auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften, durch Einsparungen bei Rüstung, Polizei, Gefängnissen, Geheimdiensten etc. pp. Dass letztgenannte Politikmöglichkeit nicht durchgeführt wird, hat mit dem ESM nichts zu tun. Würde sie von den herrschenden politischen Kräften in der Euro-Zone durchgeführt werden – sie würde auch vom ESM, dem Ausführungsorgan dieser Kräfte, eingefordert werden.

3. Die genannten strengen Bedingungen an die Vergabe von ESM- und bisherigen EFSF-Krediten sind der Grund, warum kaum ein großer, relevanter Staat der Euro-Zone bislang EFSF-Kredite beantragt hat – und in Zukunft ESM-Kredite beantragen wird. Griechenland und Portugal – die beiden in der Presse prominent gehandelten Beispiele – sind, mit Verlaub, liebe Griechen und Portugiesen, ökonomische Würmer. Kein ökonomisch relevanter, großer Nationalstaat der Euro-Zone wird sich jemals einem Kuratel, also einer Vormundschaft und politischen Selbstentmachtung unterwerfen, wie sie Griechenland von – speziell – EU-Deutschland aufgeherrscht wurde (auch Spanien, dem EFSF-Mittel für seinen Bankensektor bewilligt wurden, musste nur Reformen seines Bankensystems versprechen – die von der konservativen spanischen Regierung durchgeführten knüppelhaften sozialen Sparmaßnahmen werden in eigener – neoliberaler – Regie durchgeführt und haben mit dem EFSF bzw. ESM direkt nichts zu tun). Auch die Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB), in Zukunft Staatsanleihen in ‚unbegrenzter‘ Höhe anzukaufen, hat nicht dazu geführt, dass dieses Angebot in irgendeinem relevanten Maße angenommen wurde – geschweige denn in ‚unbegrenzter‘ Höhe. Dieses EZB-Angebot ist nämlich an exakt jene – abschreckenden – Kreditvergabebedingungen geknüpft, die auch EFSF- und ESM-Krediten eigen sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass der ESM-Gouverneursrat – inflationstreibend – nur so mit Krediten um sich schmeißen wird, liegt also nahe null. Dass sich der ESM als ein Fass ohne Boden erweisen und Deutschland sich zum Zahlmeister Europas entwickeln wird, wie vor allem viele Konservative, aber auch manche Linke meinen, ist also Unsinn – zumal (was Deutschland betrifft) spätestens nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum ESM jede zukünftige Vergrößerung des Fasses (sprich des Haftungsvolumens) nur nach erneuter Zustimmung des Bundestags erfolgen kann.

4. Der grundsätzlich positive Aspekt des ESM ist die teilweise Entkoppelung der kreditären Staatsfinanzierung von den privatkapitalistisch organisierten Finanzmärkten. Es ist völlig richtig und sinnvoll, wenn der ESM (bzw. bislang der EFSF) als Kreditnachfrager auftritt und Kredite für sehr geringe oder auch gar keine Zinsen aufnimmt (die ersten EFSF-Anleihen im August 2012 konnten sogar Negativzinsen erzielen!), um diese dann gering verzinst an seine Mitglieder weiterzugeben – statt dass diese Wucherzinsen auf den freien Kapitalmärkten zahlen. Noch richtiger und sinnvoller wäre es, für diese Zwecke allein EZB-Kredite zu verwenden – was einer vollständigen Entkoppelung von den internationalen Finanzmärkten und der Finanzmarktspekulation gleichkäme. Nicht richtig und völlig unsinnig ist allein, diese Kredite an die genannten, neoliberalen Kriterien

genügenden Kreditvergabebedingungen zu knüpfen – statt z. B. an einen ökosozialen Umbau der jeweiligen Nationalökonomien. Dass Letzteres nicht geschieht, liegt nicht am ESM, sondern an den neoliberal ausgerichteten politischen Kräften, die ihn tragen.

5. Selbst der – vor dem Hintergrund des bislang Gesagten völlig hypothetische, theoretische, fiktive – Worst-Case-Fall der Abforderung der gesamten ESM-Haftungssumme von 700 Mrd. Euro wäre ein Firlefanz – gemessen an der Wirtschaftskraft der gesamten Euro-Zone, deren BIP 2011 fast 9,5 Billionen Euro betrug. 700 Mrd. Euro – das wären gerade mal 7,3 Prozent der gesamten Wirtschaftskraft des Euro-Raumes! Wer – von Hatz-IV-Empfängern abgesehen – ist pleite, wenn ihm 7,3 Prozent des Einkommens flöten gehen? Und ginge der Euro-Zone überhaupt etwas flöten? Nein! Denn an wen würde gezahlt werden? An Mitglieder der Euro-Zone! So ist das, wenn man sich bei sich selbst versichert. Und so soll es sein – dass alle für alle einstehen in einem wirtschaftlich und politisch zusammenwachsenden Europa (so wie heute schon z. B. in der BRD die starken Bundesländer für die schwachen – und das heißt in erheblichem Maße: die westlichen für die östlichen).

6. Dieses Zusammenwachsen wird zumindest so lange weitergehen, wie nicht rechte und ‚linke‘ Nationalisten, DM-Nostalgiker und andere politische Dorfdeppen die politische Oberhand gewinnen und das Projekt Europa gegen die Wand fahren. Das Europa der Nationen und Regionen, der Völker und Völkchen, der Kleinstaaten und Fürstentümer war Schauplatz der größten Menschheitskatastrophen – vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ersten und Zweiten Weltkrieg. Der europäische Währungsflickenteppich bis zur Einführung des Euro war Schauplatz von Abwertungswettläufen und jahrzehntelangen händeringenden Versuchen, sich von der Geißel der Währungsspekulation und Währungskursunsicherheit zu befreien – um den Wettbewerb in jene Bereiche umzu lenken, in denen er allein sinnvoll ist: bei der Anreizung der Entwicklung qualitativ besserer, kostengünstigerer Produkte. Genau dieser vernünftige Wettbewerb über Qualitäten und Preise wird verhindert, wenn Wettbewerbsfähigkeit lediglich durch Währungsabwertungen erreicht werden kann. Die Antwort auf die gewachsenen Ungleichgewichte in der EU – an erster Stelle ist hier der gigantische deutsche Leistungsbilanzüberschuss gegenüber den anderen Ländern der Euro-Zone zu nennen – sind nicht währungspolitische Kleinstaaterei und der eigene Währungslolli für jeden EU-Staat, sondern die Einführung lohn-, tarif- und sozialpolitischer (und auch ökologischer) Mindeststandards in der gesamten Euro-Zone (und perspektivisch in der gesamten EU). Die Staaten der Euro-Zone, die die potenzielle Macht haben, den Euro abzuschaffen und zur währungspolitischen Kleinstaaterei zurückzukehren, haben auch die potenzielle Macht, solche Mindeststandards durchzusetzen.

7. Das Scheitern des Euro<sup>1</sup> wäre eine ökonomische und politische Katastrophe und ein Triumph politischer und ökonomischer Dorftrottelei – von den Gefahren nicht zu reden, die die Reanimation des Nationalen und Völkischen schon jetzt erahnen lässt.

---

<sup>1</sup> Vgl. zur halluzinierten Euro-Krise auch:

[www.egbert-scheunemann.de/Euro-Krise-Maer-von-der-Artikel-Scheunemann.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Euro-Krise-Maer-von-der-Artikel-Scheunemann.pdf)

[www.egbert-scheunemann.de/Griechenland-und-Euro-Krisenmythos-Scheunemann.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Griechenland-und-Euro-Krisenmythos-Scheunemann.pdf)